

*WŁODZIMIERZ STĘPIŃSKI*  
Szczecin

**PREUSSISCHE NATIONALKONSERVATIVE  
ÜBER DIE ZWEITE POLNISCHE REPUBLIK.  
POLEN IM DNVP-VEREINSBLATT  
„POMMERSCHE TAGESPOST“  
IN DER ERSTEN HÄLFTE DES JAHRES 1923**

**I.**

Das Jahr 1923 nimmt in der Geschichte Deutschlands der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen wichtigen Platz ein. Es bildet eine Zäsur, die den Zeitraum 1918/1919–1922/1923 als Periode des ersten Schockes der deutschen Nation nach der Annahme durch die Reichsregierung der Bestimmungen des Vertrags von Versailles und auch als Periode einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise, der deutschen Revolution und des „Deutschen Oktobers“ 1923, abschließt. Besonders im Herbst 1923 stellte Deutschland ein kompliziertes und verwickeltes Bild dar: Vereinigungs- und Teilungstendenzen, die kommunistische Bedrohung, Angriffe bairischer konservativer Rechten und die wirtschaftliche Krise schienen den Chaos, den der sog. Deutsche Oktober krönte, zu steigern. Im Jahre 1923 setzte sich die Vertiefung des politischen Radikalismus fort und die Welle des Nationalismus stieg hoch, was sich mit der im Januar 1923 unternommenen Okkupation des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen verband. Sie bedeutete die Versperrung 10% der Bevölkerung hinter einer dichten Zollgrenze und das Umringen von einem Militärkordon. Die Politik Frankreichs in diesem Teil Deutschlands nahm an Radikalismus unternommener Handlungen zu und stieß auf eine allgemeindeutsche Kampagne des passiven Widerstands. Die Krise im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben wurde von zwei Faktoren hervor-

gerufen: der Okkupation des Ruhrgebiets und der plötzlich fortschreitenden Inflation. Am 8. und 9. November 1923 versuchte Hitler einen Putsch in München durchzuführen, der misslang. Mit dem Jahr 1924 begann die Zeit, in der sich die wirtschaftliche Lage und Konjunktur verbesserten. Jedoch wurde die wirtschaftliche Konjunktur durch die Große Krise des Jahres 1929 unterbrochen. Im Jahre 1924 ging eine schwierige Periode gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Störungen zu Ende und für die junge Republik begann die Phase der Wirtschaftsbelebung mit einer guten Konjunktur in der Industrie, in Investitionen und im Handel. Sichtbar wuchs auch die Autorität des Staates.<sup>1</sup>

In Bezug auf internationale Beziehungen blieb die Zweite Polnische Republik im Jahre 1923 – neben Frankreich – der Hauptfeind der Weimarer Republik. Die Wiederbelebung des polnischen Staates wurde für die deutsche Elite und Bevölkerung zu einem enorm großen Schock. Wie Jerzy Krasuski schrieb, sogar die entschieden freundlich Polen gegenüber gestimmten deutschen Autoren beschrieben die Zeit vor 1918 unbewusst unter Anwendung falscher Terminologie, die Polen mit Kongresspolen gleichsetzte. Wenn man diesen Hintergrund beachtet, dann kann man auch verstehen, warum die Deutschen über die Wiedergeburt Polens im Jahre 1918 so schockiert waren. In seinem Inneren war jeder Deutsche der Überzeugung nahe, dass das ein Missverständnis sei, dass der neue Staat wahrscheinlich ein „Saisonphänomen“ sei. Erst danach kam der Schock darüber, dass Polen, von dem ein durchschnittlicher Mensch dachte, dass es sich nur unter der russischen Okkupation befand, seine Hand nach den Territorien ausstreckte, die jeder Deutsche für unbestritten deutsch hielt.<sup>2</sup> Der Revisionismus und die Forderung der Einschränkung des polnischen Staates bis auf die Gebiete des Königreichs Polen wurden zur Parole aller Kabinette der Weimarer Republik, die mit ihnen auch alle bedeutenden politischen Kräfte – einschließlich Kommunisten – teilten.<sup>3</sup> Es gibt noch keine polnische Untersuchung zur Intensität der an-

<sup>1</sup> T. Kotłowski: *Historia Republiki Weimarskiej. 1919–1933* [Die Geschichte der Weimarer Republik, 1919–1933], Poznań 2004, S. 101–107, 115, 122–141.

<sup>2</sup> J. Krasuski: *Zamiast wstępu* [Anstatt einer Einführung], in: *Stosunki polsko-niemieckie w historiografii* [Polnisch-deutsche Beziehungen in der Historiographie], T. 1: *Studia z dziejów historiografii polskiej i niemieckiej* [Studien zur Geschichte der polnischen und deutschen Historiographie], hg. v. J. Krasuski, G. Labuda, A. W. Walczak, Poznań 1974, S. 18. Zur Einstellung des Reiches dem wiedererstehenden polnischen Staat gegenüber in seinen Anfängen siehe: P. Hauser: *Niemcy wobec sprawy polskiej. Październik 1918 – czerwiec 1919* [Deutsche in Bezug auf die polnische Frage. Oktober 1918 – Juni 1919], Poznań 1984.

<sup>3</sup> Zur Reaktion der Deutschen auf die östliche Grenze und zu ihrem Einfluss auf die Einstellung der Deutschen Versailles und anderen Kriegsfolgen gegenüber: M. Broszat: *200 Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963, S. 166–167.

tipolnischen Einstellung und zur Feindlichkeit der Zweiten Polnischen Republik gegenüber in den einzelnen Regionen des ausgedehnten deutschen Staates. Wir wissen jedoch, dass die Entstehung des polnischen Staates und die Übernahme durch die Zweite Polnische Republik eines Teils des ehemaligen Deutschen Osten und des ehemaligen preußischen Teilungsgebiets Emotionen vor allem in den an Polen grenzenden Provinzen wecken mussten.

Das Problem der Einstellung von Deutschen in der Provinz Pommern hat seine Literatur, die jedoch erstens grundsätzlich der Historiographie angehört, die vor fast 20 Jahren entstand<sup>4</sup>, zweitens – die Presse großer politischer Parteien wird darin in einem weiteren Umfang nicht berücksichtigt. Die Untersuchungen der liberalen Presse der Jahre 1916–1932 in der Provinz weisen auf einen lang anhaltenden Widerwillen dem polnischen Nachbar gegenüber, wobei die Semantik der Beschreibung dieser Einstellung in Bezug auf die Zweite Polnische Republik keine Mittel zum Ausdruck deutlicher Aggression und der Mobilisierung des Potentials vom antipolnischen politischen Radikalismus benutzte.<sup>5</sup> Schon die Tatsache selbst, dass Deutschland weltweit zu Pressegroßmächten sowohl in Bezug auf große Tageszeitungen als auch auf regionale und lokale Ausgaben gehörte, zeigt die Zweckmäßigkeit der Erforschung dieses Bereiches der politischen, sozialen und kulturbezogenen Aktivität von politischen Parteien, die sich in den Spalten der rechtsorientierten Presse kumulierte. Ein Versuch dieser Art wird hier in Bezug auf die „Pommersche Tagespost“ unternommen, die im Dezember 1918 als Vereinsblatt der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) der Provinz Pommern gegründet worden ist und in der Elisabethstrasse 12 in Stettin (heute ul. Kaszubska 12) mit der Vignette: *Mit Herz und Hand fürs Vaterland!* herausgegeben wurde. Es ist zu betonen, dass in den deutsch-polnischen Beziehungen im Jahre 1923 sowohl deutsch-polnische politische Beziehungen, die Außenpolitik der Zweiten Polnischen Republik als auch die Lage der deutschen Minderheit in Polen und die Tätigkeit der polnischen Minderheit in der Provinz Pommern die Aufmerksam-

---

<sup>4</sup> A. Czarnik: *Stosunki polityczne na Pomorzu Zachodnim w okresie Republiki Weimarskiej* [Politische Beziehungen in Westpommern während der Weimarer Republik], Słupsk 1983.

<sup>5</sup> B. Mirowska, W. Stepiński: *Mit groźnego sąsiada. Społeczeństwo pruskiej prowincji Pomorza wobec sprawy polskiej i Drugiej Rzeczypospolitej w okresie cesarstwa i w Republice Weimarskiej (1916–1932)* [Mythos des gefährlichen Nachbarn. Die Bevölkerung der preußischen Provinz Pommern angesichts der polnischen Frage und der Zweiten Polnischen Republik in der Zeit des Kaiserreiches und in der Weimarer Republik (1916–1932)], in: *Świat wokół Rzeczypospolitej. Problematyka zagraniczna w polskiej myśli politycznej w pierwszej połowie XX wieku* [Die Welt um die Republik Polen herum. Außenproblematik im polnischen politischen Denken in der 1. Hälfte des 20. Jh.], hg. v. W. Paruch, K. Trembecka, Lublin 2007, S. 85–103.

keit der pommerschen Deutschnationalen an sich zogen. Und die Zeitung gehörte zu den einflussreichsten in der Provinz.

Das Ergebnis der Wahl zum Parlament der Weimarer Republik und zum preußischen Parlament zeigte die politischen Präferenzen der Bevölkerung der Provinz Pommern: Bei der Wahl zum preußischen Parlament im Jahre 1921 gewann eben die Deutschnationale Volkspartei die Übermacht, indem sie in den Regierungsbezirken Stettin und Stralsund über 36% Stimmen bekam und in dem Regierungsbezirk Köslin fast 53%, wobei sie mehrere Anhänger auf dem Land hatte.<sup>6</sup>

Es muss jedoch ein Vorbehalt in Bezug auf die Hierarchie der Feinde gemacht werden, die für den Niedergang der Macht Deutschlands 1918 verantwortlich waren und auf seinen Untergang lauerten. An der Spitze dieser Liste befindet sich Frankreich und das mit ihr kooperierende Belgien. Insbesondere gegen diese Staaten entfachten die deutschen Rechtsparteien auf brutale Weise antifranzösische Stimmungen und vertieften den Hass gegen alles Französische, um die deutsche Bevölkerung schon im Spätfrühling und Frühsommer auf einen militärischen Zusammenstoß mit dem „Erbfeind“ vorzubereiten.<sup>7</sup> Durch die Besetzung des Ruhrgebiets stellten sich die beiden Staaten zum Ziel, das Reich zur Zahlung von Kriegsentschädigungen zu zwingen. Die Aktion stellte Frankreich ins Mittelpunkt des Interesses der Zeitung: Es wurde von ihr in dunkelsten Farben dargestellt und zum „Erbfeind“, der die traditionelle antideutsche Politik realisiert, ernannt.<sup>8</sup> Gerade für Frankreich behielt man sich eine enorm reiche Palette volksnationalistischer, aggressiver Semantik vor und man mobilisierte gegen es Herzen pommerscher Deutschen, indem man alle antideutschen Handlungen von Paris und Beispiele der französischen Brutalität der deutschen Zivilbevölkerung gegenüber sorgfältig aufzählte. Zur weiteren Verstärkung antifranzösischer Stimmungen trug die Anwesenheit dunkelhäutiger Soldaten aus Kolonialeinheiten in französischen Militärabteilungen bei, die – wie in ganz Deutschland – rassistische Verhaltensweisen hervorrief.

---

<sup>6</sup> E. Włodarczyk: *Boom gospodarczy na Pomorzu: w Cesarstwie Niemieckim (do 1918 r.)* [Der pommersche Wirtschaftsboom: im Kaiserreich (bis 1918)], in: *Pomorze Zachodnie poprzez wieki* [Pommern im Wandel der Zeiten], hg. v. J. M. Piskorski, Szczecin 1999, S. 283–284.

<sup>7</sup> J. Voelker, *Unerträglich, unerfüllbar und deshalb unannehmbar. Kollektiver Protest gegen Versailles im Reinland in den Monaten Mai und Juni 1919*, in: *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegspolitik nach 1918*, hg. v. J. Dülffer, G. Krumeich, Essen 2002, S. 268.

<sup>8</sup> Über politische Ziele Frankreichs in den Jahren 1918–1920: G.-H. Soutou: *Die Kriegsziele Frankreichs im Ersten Weltkrieg*, in: *Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart*, hg. v. W. D. Gruner, K.-J. Müller, Hamburg 1996, S. 357–359.

Es gibt keinen, wenn auch nur monographischen Umriss von irgendeiner großer Tageszeitung, die Interessen der Hauptparteien in der Provinz Pommern vertrat, und deswegen müssen wir infolge einer mühseligen Lektüre Hunderten von Seiten dieser Zeitungen ihre politischen Affiliationen rekonstruieren: Sie sind einfach in Bezug auf die Linken („Volksbote“ als Vereinsblatt der SPD und „Volkswacht“ als Vereinsblatt der KPD) und die klassische nationalistische Rechte im Fall der erwähnten „Pommerschen Tagespost“ wiederherzustellen. Jedoch wegen enorm großer Verluste an Dokumentation sind wir nicht imstande, z. B. weitere große Tageszeitungen wie „Stettiner Abendpost“, „Stettiner Generalanzeiger“ oder „Ostsee-Zeitung“ den Parteien zuzuordnen, insbesondere in Bezug auf eine fortgeschrittene Zersplitterung der politischen Bühne in der Republik. Bestimmt vertraten sie die Ansichten des breiten Spektrums rechtsorientierter Parteien und Parteien der Mitte wie: Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Staatspartei oder Deutsche Volkspartei und die sog. Wirtschaftspartei, obwohl ihre Anschauung auch Mitgliedern der rechten SPD-Fraktion nahestand.

Es ist zu betonen, dass man in den Spalten der Tageszeitung der Deutschnationalen zwischen der Elbe und dem Darß erfolglos nicht nur nach einer Bewertung oder Information über Polen im positiven Licht suchen würde, sondern auch nach irgendeiner Überlegung über den Zusammenhang zwischen der deutschen Niederlage, der vierjährigen Expansion und Vorherrschaft des wilhelminischen Reiches in unserem Teil Europas mit der Entstehung Polens. Irgendeine Form des Zugeständnisses, dass es eine gigantische wirtschaftliche Ausbeutung der polnischen Gebiete in den Jahren 1915–1918 durch das Reich gab, ist nicht zu finden. Man führte eigentlich fast alles aus, was sich mitnehmen ließ, nach dem Spruch „... denn aus Polen ist es immer was zu holen“. Dazu gehörten auch 700.000 polnische Zwangsarbeiter für die Reichswirtschaft. Laut den Forschungen, vor allem von Czesław Łuczak<sup>9</sup>, zeigt sich unseren Augen ein wirklich fürchterliches Bild: Die deutsche Habgier nach polnischen Immobilien und mobilem Vermögen und die Kreativität in Bezug auf das Werk einer gigantischen Räuberei der polnischen Bevölkerung waren unbegrenzt.

Besonders der Leser auf den Wiedergewonnenen Gebieten soll an gigantische Waldaushiebe im Königreich Polen und in dem ehemaligen Grodno (Garten) Gouvernement erinnert werden. Die Zerstörung von über 50% aller Wirtschafts-

---

<sup>9</sup> Mehr darüber bei: Cz. Łuczak: *Od Bismarcka do Hitlera. Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze* [Von Bismarck bis Hitler. Polnisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen], Poznań 1988, S. 121–169.

gebäude in den Woiwodschaften: Tarnopol, Stanisławów und Wolhynien kann man wahrscheinlich noch den Russen in die Schuhe schieben, aber man führte aus den Wäldern auf diesem Gebiet 6 Mio. m<sup>3</sup> (!) Holz aus.<sup>10</sup>

## II.

Zweifellos brachte die 1911 gegründete und in ein Organ zur Vermittlung des Programms und Ziele der in Dezember 1918 entstandenen DNVP der Provinz Pommern umgewandelte „Pommersche Tagespost“ Ansichten der nationalen Rechten völlig zum Ausdruck, die versuchten, Monopol für eine brutale Kritik der Weimarer Republik, ihrer gesellschaftlich-politischen Ordnung und der Außenpolitik zu übernehmen.<sup>11</sup> Aus dem Vergleich der Informationsrichtung dieser Tageszeitung mit dem erwähnten Programm der Deutschnationalen Volkspartei im Deutschen Reich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und aus der Analyse ihrer Einstellung dem rechtlich-strukturellen System und den Kabinetten der Republik<sup>12</sup> gegenüber lässt sich schlussfolgern, dass die Redaktion die Aufgabe in vollem Umfang ausführte. Eine spezifische „Probe“ des Stils, der in den Spalten der „Pommerschen Tagespost“ herrschte, stellt der Artikel dar, der auf der ersten Seite in der ersten Ausgabe der Zeitung für das Jahr 1923 unter dem Titel *Reinigt den Augiasstall!* erschien. Man rief darin den Reichskanzler zu Handlungen auf, die „den neuen Verbrechen der Franzosen“ – dieser Neid- und Hass-Orgie, der gemeinen Lüge und der abscheulichen Heuchlerei, die sich der ganzen Welt zeigte – ein Ende machen sollten. Seit Langem stellt „die Säu-

<sup>10</sup> Siehe: B. Gałka: *Stan majątkowy i sytuacja ekonomiczna ziemian w Polsce lat 1918–1929. Próba analizy* [Der Vermögensstand und die wirtschaftliche Situation Landeigentümer in Polen der Jahre 1918–1929. Ein Versuch der Analyse], in: *Aktywność gospodarcza ziemiaństwa w Polsce w XVIII–XX wieku* [Wirtschaftliche Aktivität der Landeigentümer in Polen in 18.–20. Jh.], hg. v. W. Caban, M. B. Markowski, Kielce 1993, S. 142. In Galizien sollten die Deutschen 2,5 Mio. ha Wälder fällen und 7,6 Mio m<sup>3</sup> Holz ausführen.

<sup>11</sup> Für den Zeitpunkt der Entstehung der Deutschnationalen Volkspartei hält man die Gründungsproklamation vom 22. Nov. 1918. Sie wurde als Massenpartei des rechtsorientierten Spektrums der Vorkriegsparteien unter Verbindung mit der rechten Fraktion nationaler Liberalen gegründet. Als eine integrierende Partei verband die DNVP nationale Kreise, aber nicht mehr agrar-beruflich-ständische Kreise der Deutschen Konservativen Partei. Siehe: D. Stegmann: *Vom Neokonservatismus zum Proto-Faschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893–1920*, in: *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. D. Stegmann, B.-J. Wendt, P.-Chr. Witt, Bonn 1983, S. 224–225.

<sup>12</sup> Auch: R. Hoffmann: *Geschichte der deutschen Politik. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart*, München 1993, S. 166–275. Im Jahre 1919 gewannen die Deutschnationalen 10,3% Abgeordnetensitze für die Volksversammlung, im Mai 1924 – 19,4%. Siehe auch: H. Moeller: *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932*, Bonn 1985, S. 359–376 (DNVP-Politik in Bezug auf die Reichsverwaltung in den Jahren 1919–1928).

berung des Augiasstalls, der sich seit Kriegsende auf deutschem Erde aufgetan hat“, nämlich in großen Städten und vor allem hier – „im Sodom an der Spree“ – die wichtigste Aufgabe dar. Damit Deutschland überlebt, muss es das deutsche Heer reinigen und das deutsche Volk von „allen Schädlingen, den Parasiten, den Valutahyenen, den Blutsauger der Ententekommissionen, den Wampyren des Wucher- und Schiebertums“ säubern. Man sollte damit sofort beginnen, Zweifel unbeachtet, die mit bürokratischen, fiskalischen und internationalen Bedenken zusammenhängen.<sup>13</sup>

Die ersten Informationen auch in Bezug auf den polnischen Nachbarn erschienen am 11. Januar 1923 anlässlich Überlegungen über Ziele des Parteikongresses der Deutschnationalen der Provinz Pommern, der in der Vorbereitungsphase war, unter dem groß gedruckten Titel *Die Räuber im Westen und Osten*. Man analysierte die „Gewaltpolitik Frankreichs“, indem man schon am Anfang das Unmaß an französischer Rücksichtslosigkeit zeigte, die der Hilflosigkeit Deutschlands, das man als Opfer darstellte, gegenübergestellt wurde. Anfang des Jahres brachte noch Hoffnung auf den Sieg des westlichen Verständnisses für die deutsche Lage, jedoch traf Deutschland auf „Raublust und Gewalt ohne Bedenken“. Die Feindlichkeit Amerikas und Englands Deutschland gegenüber<sup>14</sup> ließ zwar ein bisschen nach, jedoch waren Londons Vorbehalte in Bezug auf die Poincarés Politik gegen Deutschland nicht ehrlich. Amerika zog zwar seine Armee aus Europa zurück, jedoch war das nur eine schöne Geste angesichts der Gewaltpolitik Frankreichs: „Inzwischen haben sich weiße und schwarze Franzosen und Belgier über den Rhein in das Ruhrgebiet gewälzt. Neue weite Strecken deutschen Landes, die Herzkammer unserer Wirtschaft, Millionen deutscher Volksgenossen spüren die Erobererfaust an der Gurgel. Dem wehrlosen Deutschland bleibt neben geringem

---

<sup>13</sup> *Reinigt den Augiasstall!*, „Pommersche Tagespost“ (weiter: PTP), 10, 13.01.1923: „Heute sagen wir: Ganze Arbeit auch im Innern! Längst dringlichste vaterländische Notwendigkeit, ist die Säuberung des Augiasstahls, der sich seit Kriegsende auf deutschem Erde aufgetan hat, in den Großstädten namentlich, und hier vor allem im Sodom an der Spree, jetzt zwingende Pflicht der Selbsterhaltung. Reinigung des deutschen Heeres, Säuberung des deutschen Volkes von allen Schädlingen, den Parasiten, den Valutahyenen, den Blutsaugern der Ententekommissionen, den Wampyren des Wucher- und Schiebertums: Endlich einmal muß der Anfang gemacht werden, ohne Zögern, ohne Erwägungen, unter völliger Hinaussetzung irgendwelcher bürokratischer, fiskalischer oder internationalen Bedenken.“

<sup>14</sup> Es ist höchstwahrscheinlich eine Anspielung auf die deutsche Politik von Woodrow Wilson, die sich im Massengedächtnis der Deutschen über die Endphase des Krieges und den Vertrag von Versailles als etwas sehr Negatives eingepreßte. Siehe fast zeitgenössisch: P. Kirn: *Politische Geschichte der deutschen Grenzen*, Leipzig 1934, S. 159: Nur naive Idealisten erwarteten, dass die am 8. Januar 1918 bekannt gemachten 14 Punkte des US-Präsidenten sich der „Raubgier unserer Feinde“ widersetzen können.

passivem Widerstand, neben der tiefen Trauer, nur der Protest an das Weltgewissen, das sich längst als taub und fühllos gegen deutsche Notschreie erwiesen hat. Wunder gäbe, würde etwas anders daraus erwachsen, als schöne Gesten, die uns nichts helfen? Frankreich ist so stark geworden, dass es mit seinem Militarismus den Kontinent beherrscht. Das spürt nicht nur das Festland, diese Tatsache ist auch auf Englands Politik von schwerwiegendem Einfluss.<sup>15</sup>

Nach einer Erklärung der Deutschnationalen über ihre Treue der Arbeit für die Volksgemeinschaft, die Befreiung Deutschlands von dieser Okkupation und die Wiederherstellung seiner ehemaligen Größe, über den Aufbau des Volksgemeinschaftsgefühls, den Kampf gegen die revolutionäre Bedrohung und gegen die Linken folgte eine Treueerklärung dem ganzen Deutschtum gegenüber. Laut den konservativen Rechten sah die deutsche Volksgemeinschaft die ganze deutsche Nation in ihren ethnisch-sprachlichen Grenzen und nicht von Staatsgrenzen feindlicher Staaten umgeben. So gehörten der so definierten Gemeinschaft sowohl die Deutschen in Elsaß-Lothringen an, als auch die Deutschen in Polen, auch wenn sie polnische Bürger sein mussten.

Einen Tag danach erschien ein großer Artikel, der nur die vom Osten für Deutschland kommenden Gefahren analysierte. Man griff „Litauer Banden“ an, für die der „Raubzug der Banden von Foch ein Signal war“, um „in das urdeutsche Memelland“ einzudringen, zu rauben, zu plündern und sich die Taschen voll zu stopfen. Der weiteste Winkel des deutschen Nordwestens, der von der urdeutschen Bevölkerung bewohnt wurde, erschien dem „Lumpengesindel“ als ein entsprechendes Raubziel. Die mangelnde Reaktion der Liga der Nationen auf die litauische Aggressionstat ist ein weiterer Grund ihrer Schande und Blamage, genauso wie die Sanktionierung des Raubes von Oberschlesien. Und gerade „Poincaré und seine Komplizen“ gaben der Welt (darunter auch den „litauischen Räubern“) Beispiel, was in dieser Welt Recht und Verträge bedeuten.<sup>16</sup> Die Zeitung stellte die These auf, dass „Pariser und Warschauer Räuber“ sich darüber einig seien, dass Polen in der Zukunft sich unbestraft weitere deutsche Gebiete holen würde, die ihm schon in Paris versprochen worden wären. Vielleicht würde Paris auch den Raub des restlichen Teils Schlesiens sanktionieren, da Polen für

---

<sup>15</sup> *Die Räuber im Westen und Osten. Zum Parteitag*, PTP, 12, 16.01.1923.

<sup>16</sup> *Die Gefahren im Osten*, *ibid.*, 13, 17.01.1923.



Frankreich jetzt diese Rolle spiele, die früher Russland gespielt hatte: Deutschland in der Klemme zu halten.<sup>17</sup>

Im Schatten großer Schlagzeilen auf den ersten Seiten der Zeitung, die von „immer wieder neuen schändlichen Taten der Franzosen“ berichtete, vergaß man Polen nicht. Zwei Tage später richtete die Redaktion ihre Aufmerksamkeit auf den „Polnischen Korridor“: Polen sollte zwei Bataillone in dieses Gebiet geschickt haben, die Grenzübergänge besetzten, was zum Ersterben des Grenzverkehrs führen sollte. Ähnliche Meldungen sollten aus Kattowitz kommen, wo angeblich jüngere Jahrgänge eingezogen wurden. Es stehe nicht fest, ob als Ziel der Invasion der deutsche Teil Oberschlesiens oder Ostpreußen vorgesehen würden, oder ob diese Handlungen gegen „angebliche“ militärische Handlungen Russlands ausgerichtet wären.

Bald vermittelte man Andeutungen über Bündnisstellung Polens Frankreich gegenüber in Bezug auf seine Politik im Ruhrgebiet. Der polnische „Kriegsminister“ Poniatowski sollte ein Geheimbefehl aussprechen, nach dem die polnische Armee, darunter ehemalige Mitglieder der deutschen Armee, sich der französischen Regierung zur Verfügung stellen sollten. Es ginge um Soldaten, die Post, Bahn, Banken und Hüttenindustrie bedienen könnten. Man berichtete sogar von der Höhe ihrer Entlohnung in Deutschmark. Diese Gruppen sollten sofort über Sosnowitz, Warschau und Danzig und weiter mit einem Schiff eines der Ententestaaten in das von Franzosen besetzte Ruhrgebiet fahren.<sup>18</sup> Es ist noch hinzuzufügen, dass die Zeitung den Namen des Ministers für Militärfragen der Zweiten Polnischen Republik verwechselte.<sup>19</sup>

Diese Andeutungen sollten in Gewissheit umgeschmiedet werden, dass Polen Paris in seiner Okkupation des Ruhrgebiets aktiv unterstützt. In dem Artikel *Polen marschiert mit Frankreich* vom 9. Februar 1923 steht geschrieben,

---

<sup>17</sup> „Das ließe sich denken, denn für Frankreich spielt ja heute Polen die Rolle, die Russland einst innehatte: die Deutschen in der Klemme zu halten“, *ibid.* Im weiteren Teil des Artikels wird die Semantik der Beschreibung von Litauen allmählich gestuft; die Angreifer von Memel nannte man „dreiste litauische Banditen“.

<sup>18</sup> *Polnische Hilfe für den Ruhrfeldzug*. [...] *Kriegsminister Poniatowski*, *ibid.*, Nr 21, 26.01.1923.

<sup>19</sup> Das Amt des polnischen Minister für Militärfragen bekleidete zu dieser Zeit (in der Regierung Władysław Sikorski) Kazimierz Sosnkowski. Siehe: A. A. Urbanowicz: *Gabinet Władysława Eugeniusza Sikorskiego. 16 grudnia 1922 – 26 maja 1923* [Das Kabinett von Władysław Eugeniusz Sikorski. 16. Dezember – 26. Mai 1923], in: *Od Moraczewskiego do Składkowskiego. Gabinet Polski Odrodzonej 1918–1939* [Von Moraczewski bis Składkowski. Kabinette des Wiedergeborenen Polens 1918–1939], hg. v. J. Faryś, A. Wątor, H. Walczak, Szczecin 2010, S. 132.

dass der Premierminister Władysław Sikorski<sup>20</sup> der „Ostagentur“ sagen sollte, dass die polnische Stellung durch die polnisch-französische Militärkonvention vom Februar 1921 genau bestimmt worden sei. Während einer Tagung des polnischen Sejm ein paar Tage zuvor sollte der polnische Außenminister Aleksander Skrzyński<sup>21</sup> auch meinen, dass Polen weiter die Politik Frankreichs unterstützen würde. Diese Aussage war eine scharfe Zurückweisung in Bezug auf Handlungen von Abgeordneten der deutschen Minderheit im polnischen Sejm, die von Polen eine freundliche Gestaltung ihrer Beziehungen mit Deutschen fordern sollten. Skrzyński sagte weiter, dass Deutschland die Realisierung von Bestimmungen des Vertrags von Versailles meiden würde und versuche, die Solidarität der Entente, die weiterhin bestehen solle, zu zerstören. Er sollte die volle Solidarität Polens mit der französischen Politik deklarieren.<sup>22</sup> Wie deutsche Historiker, die man keiner Spur des Nationalismus verdächtigen kann, schrieben, war der Konflikt im Ruhrgebiet der Höhepunkt der Politik, die die militärische Auseinandersetzung des Ersten Weltkrieges mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln forcierte. Zugleich verabschiedete er die Niederlage der einseitigen, nationalorientierten Machtpolitik Deutschlands und Frankreichs, wie auch die Niederlage der Kollektivpolitik der Liga der Nationen, die auf die Streitschlichtung ausgerichtet war.<sup>23</sup> Man könnte dieser Ansicht zustimmen, wenn es die undenkbbare Zerstörungsskala, die französische und belgische Gebiete seitens Deutschlands traf, nicht gäbe. Und auch wenn dort das *furor teutonicum* mit seinem schlechten Ruf nicht zum Vorschein käme. Dies zwingt zum Protest gegen die Gleichsetzung der nationalen Politik Deutschlands und Frankreichs in der ersten Hälfte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts, denn die Pariser Politik strebte nach Bändigung des Imperialismus und Expansionismus des wilhelminischen Reiches in der Zukunft.

Einen interessanten Aspekt, den man zur Vertiefung der Abneigung gegenüber dem polnischen Nachbarn und diesem Teil Europas als einer Region,

<sup>20</sup> In Bezug auf die Person und die Außenpolitik von W. Sikorski und Aleksander Skrzyński, darunter auch Frankreich gegenüber, siehe: *ibid.*, S. 136–137.

<sup>21</sup> A. Skrzyński war zu dieser Zeit Außenminister im Kabinett von W. Sikorski, siehe: *ibid.*, S. 132.

<sup>22</sup> *Polen marschieret mit Frankreich*, PTP, 33, 9.02.1923: „Unsere Außenpolitik ist mit Frankreichs Freundschaft eng verknüpft. Wir haben die gleichen Interessen wie Frankreich, unsere Freundschaft mit Frankreich ist die Vorbedingung für den europäischen Frieden und das europäische Gleichgewicht. Mit Rumänien verbinden Polen enge Verträge. Wir wollen – Mann gegen Mann – gegen den Feind marschieren – wenn er kommt!“

<sup>23</sup> K. D. Bracher, M. Funke, H. A. Jakobsen: *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft*, Düsseldorf 1988, S. 313.

in der auf Deutschland noch andere Gefahren als der französisch-polnische und litauische Imperialismus lauerten, verwendete, stellt Antisemitismus dar. In der Zeitung der Deutschnationalen kam er hauptsächlich in den Reden von Hans von Schlange-Schöningen und in Zerrbildern, die deutsche Juden als reiche, dicke Bankleute und Ausbeuter aller Art zeigten, die sich mit dem Unglück des deutschen Volkes mästeten<sup>24</sup>, zum Ausdruck. Selten erschien auch das Problem der Umsiedlung nach Deutschland der sog. Ostjuden. Sie sollten sich angeblich in Berlin niederlassen, infolgedessen die Reichshauptstadt zu einer am wenigsten sicheren Stadt der Welt wurde, da es in Bezug auf die Kriminalität sogar Chicago überholte. Nach 1918 fand eine richtige Invasion des Judentums statt: Es umringte Berlin mit einem eigenartigen Ring, der von den jüdischen Wohnsitzen aus ihrer „polnisch-galizischen Heimat“ in das sog. Scheunenviertel in Berlin bis auf elegante Villen im westlichen Teil der Stadt reichte.<sup>25</sup> Wenn gemauerte Wohnhäuser mit sehr bescheidenem Standard in der Nähe von „Alex“ den östlichen Teil des Ringes bilden sollten, dann war der westliche Teil höchstwahrscheinlich die sog. Millionärvorstadt in Berlin-Grünwald, die seit Ende der 80er Jahre des 19. Jahrhundert (sog. Kurfürstendamm-Gesellschaft) aufgebaut wurde. Hier eben, in der Königsallee 65, entstand im Jahre 1910 die hervorragende Villa Walther Ratenaus. Weiter baute man die Villensiedlung „Alsen“ an der Wannsee und nach ihr auch die in den Wohnvierteln: Dahlem, Lichterfelde, Nicolaisee in Richtung Potsdam, in denen sich die oberen Schichten des Berliner Bürgertums niederließen.<sup>26</sup> Der Hass der „Pommerschen Tagespost“ schien jedoch hauptsächlich gegen die sog. Ostjuden bei „Alex“ gerichtet zu werden. Angeblich sollten sie massenweise Verbrechen begehen und betrügen, indem sie „Gold und Edelmetalle“ ins Ausland, vor allem nach Wien, transferierten.

Der erste Artikel, der das in der Provinz Pommern politisch tragende Problem des Verhältnisses ihrer Einwohner ihrem Osnachbarn gegenüber behandelte und sich auf die mythische „polnische Gefahr“ bezog, wurde Ende April 1923 veröffentlicht. Der Geschäftsführer des Deutschen Ostmarkenvereins, Oberst Graf von Haslingen klärte die Einwohner der Provinz über ihren Grenzcharakter, den sie seit Ende des Ersten Weltkrieges hatte, und über die daraus resultieren-

---

<sup>24</sup> *Das Berlin der Juden*, PTP, 271, 21.11.1923.

<sup>25</sup> *Ibid.* Es handelt sich um Judenmigrationen aus unserem Teil Europas, hauptsächlich in der Nähe von Grenadierstrasse unweit des Alexanderplatzes. Mit der Formulierung über elegante Villen in den westlich liegenden Wohnvierteln meinte man höchstwahrscheinlich Residenzen von jüdischen und deutschen Bankiers, Politikern, Künstlern, Medienmitarbeitern und Fabrikanten.

<sup>26</sup> W. Ribbe, J. Schmädeke: *Kleine Berlin-Geschichte*, Berlin 1988, S. 139–140.

de neue Lage als Grenzmark auf. Als Hintergrund dieses Textes, in dem von aggressiver, revisionistischer Volksrhetorik und Formulierungen aus dem anti-polnischen Vokabular wimmelt, soll man die für die pommerschen Deutschen gewaltige Umwandlung ihrer Provinz in eine periphere Provinz des deutschen Ostens, die mit der Zweiten Polnischen Republik eine fast 200 km lange Grenze hatte, und die Wiedererweckung des polnischen Staates sehen. Bisher war den Einwohnern Pommerns der Begriff „Grenzmark“ nicht bekannt und sie lebten außerdem in ihrer „geborgenen“, mit anderen an das Russische Imperium grenzenden Provinzen des deutschen Ostens wie Ostpreußen, Westpreußen oder Posener Land umgebenen Provinz.<sup>27</sup> Dies bezog sich vor allem auf die Einwohner des Regierungsbezirks Stralsund. In einem bestimmten Grade mussten diese Mentalprozesse dem Schock sicherlich entsprechen, den für die Deutschen überhaupt die Entstehung der Zweiten Polnischen Republik darstellte.

Der Oberst von Haslingen betonte das Ausmaß an patriotischen Pflichten, das sich für die Bevölkerung Pommerns damit verband, dass sie jetzt im „Grenzland“ wohnte. Diese Pflichten waren nicht nur die Folge der polnischen Nachbarschaft, sondern sie resultierten auch aus der Anwesenheit in Pommern Tausenden von Polen, die sich dort keineswegs nur als Saisonarbeiter aufhielten: „Durch den Raubfrieden von Versailles ist der weitaus größte Teile der ehemaligen Provinz Westpreußen nun Grenzland-West der Republik Polen, Pommern dagegen Grenzland-Ost Deutschlands geworden. Drüben sind Hunderttausende Deutscher, zumeist die Wohlhabenden, abgewandert, polnische Soldaten, städtische Haus-, ländliche Grundbesitzer, Handwerker und ein Heer von Beamten haben sich in die von Deutschen frei gewordenen Stellen gesetzt. Alle Maßnahmen der polnischen Regierung, wie der wütende Haß der Allpolen, erstreben die erstlose Vertilgung alles Deutschen.“<sup>28</sup>

Laut der Zeitung ging es um eine völlige Entdeutschung ehemaliger deutscher Provinzen und dann um die Einverleibung weiterer deutscher Ostprovinzen. In der Ostmark Pommern gab es zwar keine Militärabteilungen, aber „auf den Wink Frankreichs“ konnten Polen hier angeblich jeder Zeit erscheinen. Es sollte vor allem eine „polnische Vortruppe“ entstehen, deren Mitglieder deutsche Bürger polnischer Nationalität wären, Vertreter verschiedener Berufe und Stände

<sup>27</sup> K. T. Inachin: *Nationalstaat und regionale Selbstbehauptung. Die preußische Provinz Pommern 1815–1945*, Bremen 2005, S. 286–287.

<sup>28</sup> *Pommern als Grenzland-Ost. Vom Oberst a. D. Graf v. Haslingen, Geschäftsführer des Deutschen Ostmarkenvereins*, PTP, 96, 26.04.1923.

und sie konnten im Land der Pommern wirken. Denn „der Schandfrieden von Versailles“ gab auch den polnischen Einwohnern das Recht für Deutschland zu optieren, und infolge einer fatalen Innensituation in Polen, die der aus der Zeit der Teilungen ähnelte, ließ sich eine große Anzahl an Polen in Deutschland nieder. Sie sollten sich jedoch weiter fort als Polen fühlen und enge Beziehungen zu ihrem Heimatland pflegen. In Bezug auf diese polnische Gefahr sollten Einwohner der Provinz Pommern Wachsamkeit bewahren und eine organisierte Gegenaktion unternehmen.

Die Sorge der Tageszeitung richtete sich auch an deutsche, von ihrer Heimat getrennte Brüder in Danzig. Man wollte sich nicht nur auf „Landsleute in Gefahr“ am Rhein und im Ruhrgebiet oder im Memelland einschränken. Auffallend ist, dass man den offiziellen Namen der Freien Stadt Danzig nicht verwendete, womit dem Leser die Gesetzwidrigkeit seines Bestehens angedeutet wurde. Man kann stets nur vom „deutschen Danzig“ lesen. So klagte man über das fehlende Interesse Deutschlands am Danziger Schicksal, denn die Stadt musste immer größere „Banden echt polnischer Jugendlichen“ ertragen, die sich in ihrem Danzig – durch die polnische Regierung unterstützt – umsehen wollten. Danzig ist jedoch und will Deutsch bleiben. Dieses Deutschtum und „unbeugsames Deutschseinwollen“ widerspiegelten sich in schönen Denkmälern. Weiter erklärte man dem Leser, wie man nach Danzig gelangt unter Vermeidung der Landstraße, auf der sich Polen für die Ausstellung eines Visums viel zahlen ließen.<sup>29</sup> Man ermunterte zu einem Besuch in Danzig, denn der deutsche Boden steckte in Schwierigkeiten.

Mit dem Problem der Lage der deutschen Minderheit in Polen beschäftigte man sich erst im Sommer 1923. In dem Artikel unter dem Titel *Die polnische Toleranz* setzte man sich mit dem Problem der Beziehungen zwischen dem deutschen Klerus protestantischer Konfession und dem katholischen, polnischen Klerus. Man informierte von dem Ausweisen aus Polen 12 Pastoren, da ein polnischer Priester angeblich die Kirche übernehmen wollte und einen Teil ihrer Möbel in die polnische Schule wegnahm. Die Zeitung zog daraus Schlüsse: „Die Bestrebungen der katholischen Kirche in Polen nach alleiniger Herrschaft verbinden sich mit dem nationalen Hass! Der Protestantismus soll in Polen zerstört

---

<sup>29</sup> *Auf nach dem deutschen Danzig!*, *ibid.*, 155, 6.07.1923. Nach Danzig konnte man gelangen u. a. mit dem Dampfschiff aus Swinemünde oder mit dem Transitzug über den „Polnischen Korridor“ aus Berlin, über Schneidemühl, Marienburg und Elbing. Von da aus mit einem Dampfschiff über das Frische Haff nach Stutthof, dann mit einer Schmalspurbahn. Zu den Beziehungen zwischen Polen und Danzig siehe: B. Dopierala: *Gdańska polityka Józefa Becka* [Die Danziger Politik von Józef Beck], Poznań 1967.

werden! Jedoch verkündet die polnische Regierung ständig laut in der Welt, dass Polen ein klassisches Land der Toleranz ist und diese Tradition auch in der Zukunft pflegen will!<sup>30</sup>

Der nächste Text über Polen erschien unter dem Alarmtitel: *Probemobilmachung in Polen!* Man stellte darin fest, dass die polnische Außenpolitik sich nur nach Westen richtet und einen entschieden antideutschen Charakter hat. Weiter meinte man, dass in Kattowitz Mobilisation polnischer „Insurgenten“ vorgeplant wurde, zwecks Überprüfung, ob die „Organisationen“ immer noch kampfbereit sind und innerlich immer noch zusammenhalten. Nach dieser Meldung, die sich höchstwahrscheinlich auf schlesische Aufständische bezog, richtet die Zeitung seine Kritik an den Woiwoden, „unter dessen Verwaltung die Deutschen unterdrückt und ihre Schulen geschlossen werden, unter dessen Verwaltung die fehlende Freiheit immer mehr zum Hauptgrundsatz wird.“<sup>31</sup> Zusätzlich waren seine Beziehungen zu den Organisationen schlesischer Aufständischer sehr gespannt. Man knüpfte an die polnisch-deutsche Zusammenarbeit anhand der Meldung darüber, dass die oben erwähnten Aufständischen einen Durchmarsch vor dem Theater organisierten, den der französische Generalkonsul in Kattowitz beobachtete und auch seine Sympathie und Solidarität den Marschierenden gegenüber ausdrückte, worauf sie mit dem Gleichen antworteten. Man betonte, dass diese Organisationen ihre Position im Leben von Kattowitz stärkten und dem Schlesischen Sejm immer neue finanzielle Forderungen stellten. Sie sollten auf französische Hilfe rechnen, als sie eine „neue Kampagne der Anstiftung und des Hasses gegen das oberschlesische Deutschtum“<sup>32</sup> begannen.

Das Thema der Warschauer Politik in der Zweiten Polnischen Republik dem Deutschtum gegenüber kehrte Anfang August 1923 mit einer kurzen Information über eine scharfe Protestnote der deutschen Regierung gegen Polen zurück, das als Antwort auf die Ausweisung polnischer Bürger aus dem Reich auch hunderte von deutschen Bürger auswies. Diese polnische Repression ließ sich nicht rechtfertigen, denn es ging um die Deutschen, die in Polen ansässig waren, während sich die ausgewiesenen Polen in Deutschland nur zeitweise aufhielten und ihre Wohnsitze in Polen hatten. Die deutsche Regierung sollte Warschau entgegenkommen wollen und suchte in den mehrere Wochen dauernden Verhandlungen nach einem Kompromiss mit Polen, das schließlich diese Verhandlungsgespräche

<sup>30</sup> *Die polnische Toleranz. Von Oberkonsistorialrat Lic. Dr. Dibelius*, PTP, 160, 12.07.1923.

<sup>31</sup> *Probemobilmachung in Polen!*, *ibid.*, 170, 24.07.1923.

<sup>32</sup> *Ibid.*

abbrach. In der Note vom 3. August warf Berlin Polen vor, dass es eine Verständigung in Bezug auf die Ausweisungen gar nicht anstrebte, was schon vom Premierminister Sikorski im April 1923 in Form der Proklamation der „Entdeutschungspolitik“ zum Ausdruck gebracht wurde.<sup>33</sup>

Es ist zu erwähnen, dass das Problem des Status der Deutschen, die in Polen geblieben waren, und dieser, die sie verließen, zu den kompliziertesten und die höchsten Emotionen auslösenden in der Relation zwischen Berlin und Warschau während der 20er Jahren des 20. Jahrhunderts gehörte. Eine große Anzahl Deutscher emigrierte aus der Zweiten Polnischen Republik in der ersten Etappe ihres Bestehens, ohne formell eine Option zu wählen. Viele Deutsche wählten 1920 Deutschland, um in die polnische Armee nicht eingestellt zu werden. Einige Schikanen seitens lokaler Administrationsverwaltung des ehemaligen preußischen Bezirks waren nach Jahrzehnten preußischer Unterdrückung gerechtfertigt. Selbstverständlich war auch die herrschende Atmosphäre, die den Deutschen gegenüber abgeneigt war und die der Druck auf Auswanderung ins Reich charakterisierte. Jedoch lag die Pflicht der Überzeugung der polnischen Bevölkerung von der deutschen Loyalität und dem ehrlichen Willen, sich von der Vergangenheit zu lösen, bei den ehemaligen deutschen Unterdrückern.<sup>34</sup>

Man kann vermuten, dass der obige Artikel in der „Pommerschen Tagespost“ sich auf die komplizierte Sache des Art. 91 des Vertrags von Versailles und die in Dresden im Sommer 1923 in dieser Sache geführten Verhandlungen bezieht. Über diese Frage verhandelte man zwischen Berlin und Warschau langwierig. Sie betraf die Personen, die das Recht auf die Option nutzen wollten.<sup>35</sup> Sie war eine Nachfolge einer älteren Sorge der „Pommerschen Tagespost“ um diese Deutschen, die Polen verlassen mussten und denen man auch in den nächsten Jahren die Spalten der Zeitung großzügig zur Verfügung stellte. Man unterstützte z. B. propagandistisch die Sport- und Turntätigkeit der Deutschen aus dem Posener Land und aus Westpreußen, die seit Anfang 1919 in die Provinz Pommern kamen und dem Turn- und Sportverein „Deutscher Ostbund“ beitraten; so nutzte man auch diese antidemokratische und revisionistische Tätigkeit in der Propa-

---

<sup>33</sup> *Scharfe deutsche Note an Polen!*, *ibid.*, 181, 5.08.1923.

<sup>34</sup> J. Krasuski: *Stosunki polsko-niemieckie 1919–1932* [Polnisch-deutsche Beziehungen 1919–1932], Poznań 1975, S. 134.

<sup>35</sup> *Ibid.*, S. 120–130. Die Verhandlungen setzte man in Wien im Frühling 1924 fort. Am 30. Aug. 1924 unterzeichnete man die Konvention über Staatsangehörigkeit und Option. Seitens Polens unterschrieb sie Witold Prądyński, seitens Deutschlands – Theodor Lewald (*ibid.*, S. 127).

ganda gegen die Kabinette der Weimarer Republik und der Zweiten Polnischen Republik.<sup>36</sup>

Die Aufmerksamkeit der Leser wurde auf Polen als einen potentiellen Aggressor dem Reich gegenüber in der Korrespondenz aus Warschau vom 7. August 1923 unter dem charakteristischen Titel *Das raublüsterne Polen* gelenkt. Der Titel bezog sich auf einen Artikel in der Zeitung „Kurier Polski“ über den möglichen Verzicht Polens auf die neutrale Stellung, falls die Alliierten-Aktion im Ruhrgebiet misslingt, und über die mögliche Umwandlung in einen bedeutenden Mitspieler in der internationalen Politik. Die Zeitung folgerte, dass diese Ansicht Aufmerksamkeit verdiene, denn sie sei für „bestimmte polnische Kreise“ charakteristisch. Falls „das Ruhrabenteuer“ ungünstig für Deutschland ausgehe, dann würde Polen danach streben, „sich auf eine möglichst bequeme Weise auf Kosten Deutschlands zu bereichern“. So sollten die deutschen Ostmarken der „polnischen Gefahr“ ständig ausgesetzt werden.<sup>37</sup>

Auf der ersten Seite derselben Ausgabe meldete man auch aus der polnischen Hauptstadt, mit einem Bezug auf die Zeitschrift „Rzeczpospolita“ (Die Republik), dass der Bund der Polen in Deutschland im Bereich des Schulwesens, in der Presse und auch im preußischen Parlament an Bedeutung gewinne. Unter der polnischen Führung sollte in Deutschland eine Fraktion der Nationalminderheiten, u. a. auch Dänen und Sorben, entstehen.

Auf die polnische Problematik in der preußischen Provinz Pommern, die in der Literatur sehr gut bearbeitet worden ist, bezieht sich der Artikel unter dem Titel *Der Bund der Polen in Pommern*. Schon sein Titel selbst will den Leser irreführen, denn er deutet an, dass es in diesem Teil Deutschlands irgendeine organisierte Form des Polentums gäbe, was eine gemeine antipolnische Manipulation war, die in mehreren Arbeiten bestätigt wurde.<sup>38</sup> Auch anhand der neusten

---

<sup>36</sup> M. Stepiński: *Święto Niemieckiego Turnerstwa prowincji Pomorze w Szczecinie w 1924 r. Między kultem sprawności cielesnej i kontestacją „dyktatu Wersalu”* [Das Pommersche Kreisturnfest in Stettin 1924: Zwischen dem Kult von körperlicher Ertüchtigung und dem Protest gegen das „Diktat von Versailles“], „Przegląd Zachodniopomorski“ [Westpommersche Rundschau], 2011, 2.

<sup>37</sup> *Das raublüsterne Polen*, PTP, 184, 9.08.1923: „Diese Äußerung des Blattes verdient in Deutschland Beachtung, zeigt sie doch die Absichten gewisser polnischen Kreise. Sollte das Ruhrabenteuer für Deutschland schlecht auslaufen, so würde bestimmt auch Polen versuchen, sich auf möglichst bequeme Weise auf Kosten Deutschlands zu bereichern. Den polnischen Nachbargebieten droht ständig eine polnische Gefahr.“

<sup>38</sup> Vor allem: B. Dopierała: *Polacy na Pomorzu Zachodnim w latach 1918–1945. Stan badań i postulaty badawcze* [Polen in Westpommern in den Jahren 1918–1945. Forschungsstand und Postulate], „Przegląd Zachodniopomorski“ [Westpommersche Rundschau], 1968, 4, S. 5–161; idem: *Ekonomiczne i demograficzne problemy Pomorza Zachodniego w świetle niemieckich materiałów*



Untersuchungen von Quellentexten kann die angeblich hervorragende Organisation der Polen in der Provinz Pommern nicht nachgewiesen werden, besonders wenn man vermutete, dass sie gut genug war, um die These von der „polnischen Gefahr“ bestätigen zu können. Ganz im Gegenteil – z. B. zwischen 1924 und 1928 sank die Anzahl polnischer Stimmen aus dieser Provinz, die bei der Reichstagswahl abgegeben wurden, um 14,3%.<sup>39</sup>

Die polnische Historiographie zur Geschichte der polnischen Minderheit in Deutschland gibt keine Gründe für die Annahme, dass die Schilderung, in der polnische Organisationen eine disziplinierte und zusammenhängende Abteilung bilden, wahrheitsgemäß ist. Es ist eher das Bild einer Organisation, die ständig der entsprechend gerichteten, unterschiedlichen Formen der Propaganda und verschiedenen Repressionen und Sanktionen, Manipulationen und der intensiven Germanisierung ausgesetzt wurde, was zur Senkung der Polenanzahl schon in der Weimarer Republik führte.<sup>40</sup> Der Wahrheit entsprach aber die Ankündigung der Eröffnung eines polnischen Konsulats in Stettin.<sup>41</sup> Wir erfahren, dass auch in Stettin seit einer längeren Zeit die „einheimische Gruppe“ bestand und später ein polnisches Konsulat gegründet werden sollte (das wirklich im Jahre 1925 eröffnet wurde). Weiter lesen wir: „Die Gefahr, die Pommern durch Polens droht, darf nicht unterschätzt werden, strebt doch Polen darnach, mit Hilfe Frankreichs alle diejenigen Gebiete, die ihm während seiner Glanzzeit angehörten, wieder zu erringen. Die Oder als die Westgrenze Polens ist eine alte Forderung der polnischer Chauvinisten. Unter diesen haben die sogenannten »Okapisten«, die Angehörigen des im Februar 1922 gegründeten polnische »Vereins zum Schutze der Westmarken« eine einflußreiche Stellung in Polen inne. Charakter und Zweck des Vereins wurden in der Gründungssitzung gekennzeichnet mit den Worten: Wir

---

*źródłowych z lat 1926–1932* [Wirtschaftliche und demographische Probleme Westpommerns angesichts deutscher Quellentexte aus den Jahren 1926–1932], Poznań 1959.

<sup>39</sup> E. Włodarczyk: *Pomorze Zachodnie w okresie od traktatu wersalskiego po klęskę III Rzeszy w 1945 r.* [Westpommern in dem Zeitraum vom Versailles Vertrag bis zur Niederlage des Dritten Reiches im Jahre 1945], in: *Źródła do kaszubsko-polskich aspektów dziejów Pomorza Zachodniego do roku 1945* [Quellen zu den kaschubisch-polnischen Aspekte der Geschichte Westpommerns bis 1945], hg. v. B. Wachowiak, Bd. 4, Poznań–Gdańsk 2006, Dokument Nr. 71: Bericht des RP-Konsuls in Stettin an das Außenministerium vom 11. Juli 1928 r., S. 191–202, hier S. 194; ebenda andere Dokumente, die die Unterdrückung der polnischen und kaschubischen Bevölkerung und den Germanisierungsdruck darstellen, z. B. Nr. 25, 69, 76, 84.

<sup>40</sup> W. Wrzesiński: *Polski ruch narodowy w Niemczech 1922–1939* [Polnische Nationalbewegung in Deutschland 1922–1939], Poznań 1970, S. 371–372; Cz. Łuczak: op. cit., S. 275–282.

<sup>41</sup> W. Skóra: *Konsulat Rzeczypospolitej Polskiej w Szczecinie w latach 1925–1939. Powstanie i działalność*, [Konsulat der Republik Polen in Stettin in den Jahren 1925–1939. Entstehung und Tätigkeit], Słupsk 2001.

müssen widererlangen, was uns zusteht; wir müssen unsern Besitzstand verteidigen, wir müssen die Absichten und Unternehmungen der Feinde unserer Staatlichkeit überwachen!“<sup>42</sup>

Eben unter der Parole der Verschiebung polnischer Grenze an die Oder sollte der Verein zum Schutz der Westmarken<sup>43</sup> in Polen an Bedeutung gewinnen. Der Verein wollte für die Wiedergewinnung dieser Gebiete, die Polen gehören sollten, wirken. Aus dieser polnischen Offensive folgerten für die Deutschen die Aufgaben, die auf dem Widerstand gegen die polnische Ansiedlung und die polnische Propaganda vor allem in den Grenzlandkreisen der Provinz Pommern beruhten. Da die polnischen Expansionsmöglichkeiten Richtung Westen von der Position Frankreich abhängig sein sollten, hatte das Ergebnis der Kämpfe an der Ruhr eine entscheidende Bedeutung für die Lage „unserer jetzigen Ostmarken“<sup>44</sup>, was die Deutschen der Provinz Pommern zur Unterstützung „des Kampfes an der Ruhr“ aus aller Kraft verpflichtete.

Gemäß der Tradition, dass die Zweite Polnische Republik, ihr Verhältnis der Weimarer Republik gegenüber und die deutsche Minderheit in Polen als Themen besonders herausgehoben wurden, erschien der nächste Artikel über den „deutschen Kampf in Polen“ auf der ersten Seite der „Pommerschen Tagespost“ am 22. August 1923. Man sorgte sich darin um das Schicksal der Deutschen in Polen: Die Passivität der Republikregierung in Bezug darauf weckte ständig Empörung der Deutschnationalen in der Provinz Pommern. Der Text ist sehr umfangreich. Mehrere Textabschnitte in der Sperrschrift ziehen auf sich die Aufmerksamkeit des Lesers, der nach dieser Lektüre bestimmt erschüttert über die Skala der polnischen Frechheit und Tücke und über die Rücksichtslosigkeit der „Warschauer Regierung“ im Kampf gegen polnische Deutsche wird. Wie andere Texte, gab auch der hier beschriebene den Anlass zu weiteren Angriffen der zentrum- und linksorientierten Kabinette der Weimarer Republik von dem Moment ihrer Entstehung.

Man erinnerte im Text daran, dass Polen auf den Trümmern Deutschlands entstand, dass es Ankündigungen über eine Änderung in der Berliner Politik in Bezug auf Polen während des Ersten Weltkrieges gab (der Terminus „Ger-

---

<sup>42</sup> *Der Bund der Polen in Pommern*, PTP, 184, 9.08.1923.

<sup>43</sup> Zu seiner Geschichte: M. Mroczo: *Związek Obrony Kresów Zachodnich 1921–1934. Powstanie i działalność* [Verein zum Schutz der Westmarken 1921–1934. Entstehung und Tätigkeit], Poznań 1977 (zum Kampf mit dem deutschen Irredentismus in der 1. Hälfte der 1920er Jahre siehe S. 111–124).

<sup>44</sup> *Der Bund der Polen in Pommern*, PTP, 184, 9.08.1923.

manisierung“ wurde nicht erwähnt) und dass die antipolnische Gesetzgebung einschließlich Enteignung eingestellt wurde. Die Polen waren nicht so tolerant – darunter verstand die Zeitung wahrscheinlich auch den Akt zweier Kaiser vom 5. November 1916 – sondern sie „gingen sofort aufs Ganze“. Man beschrieb das fast als einen Treubruch und einen Verrat seitens der Polen angesichts der Großzügigkeit des deutschen Staates: „Der polnische Kampf gegen das Deutschtum hatte begonnen, ehe an einen Friedensschluß auf Grund der Verhandlungen überhaupt gedacht werden konnte. So gelang es den Polen, die Provinz Posen unter ihren Einfluß zu bringen, und als die Berliner Regierung in ihre politischen Einfältigkeit eine Posener Provinzial-Ernährungsstelle schuf, blieb selbstverständlich jede Lebensmittelzufuhr aus der Provinz Posen aus, wofür aber der Posener Landtag die Polen vom 3. bis 6. Dezember 1918 sich als Bundesgenosse der Entente in Drahtgrüßen nach Paris und London bezeichnete. Es kam darauf zu einem blutigen Tag des 27. Dezember 1918, als die deutschen Truppen überrumpelt wurden, heller Aufruhr in Posen tobte und eine der schönsten preußischen Provinzen dem gierigen und schmutzigen Feind auslieferte.“<sup>45</sup>

Diese Situation begleitete „blutige Zerrissenheit Oberschlesiens, noch so jung in unserem Gedächtnis“, als man um das „kostbare Kleinod“ Oberschlesiens „mit den Banditen Korfantys“ kämpfte. Währenddessen steckte die Zentralregierung in Berlin in der Muße und Unfähigkeit zur Politik der Taten, in dem Pazifismus, den man mit dem Fatalismus gleichsetzen konnte, in einer Stellung ohne Politik der Taten, zu der die Zeitung deutsche Minister aufrief. Man folgerte, dass die Zeit der Deutschen in Polen „blutertränkt und tränenüberströmt“ sein wird und voll mit so viel Leiden, dass Witze über den deutschen Michael verstummen. Man wird mit „dem unbedeckten Kopf, aber mit dem Herzen voll vor Wut am Grab der Schicht“ stehen, die in einer sehr „schweren Zeit“ im Osten Pionierarbeit leistete. Die Lage der Deutschen in Polen sei jämmerlich. Noch jämmerlicher als in anderen, den Deutschen gestohlenen Provinzen, und kein polnisches Kabinett – mit dem des „Pariser Salonlöwen Paderewskis“ angefangen – konnte seine vielen Versprechen in die Tat umsetzen. In der Situation der wirtschaftlichen Katastrophe Polens spricht man den dort wohnenden Deutschen das Recht auf Besitz ab, und in diesem Untergang, in diesem Chaos bestätigt sich wieder „das Deutschtum als aufbauende Kraft“. Der stille Kampf gegen die

---

<sup>45</sup> *Der deutsche Kampf in Polen*, ibid., PTP, 105, 22.08.1923.

polnische Gewalt und Überlegenheit forderte alle Kräfte: In Polen wurden eine deutsche Partei und deutsche Organisationen in Posen, Breslau und Graudenz gegründet. Die Deutschen in Polen – sowohl in Westpolen als auch in Wolhynien – konnten sich gut organisieren und gingen bei den Wahlen des 9. November 1922 in den Sejm ein und dank dessen stellten sie im „Warschauer Parlament“ eine wichtige Kraft zusammen mit Ukrainern dar. Eine Antwort der polnischen Regierung darauf war der Versuch „ihrem Raubkampf“ gegen die Deutschen rechtliche Grundlagen zu verleihen. Dies führte zur Verabschiedung in den Jahren 1920–1922 von Gesetzen, die z. B. zur Beseitigung aller Deutschen, die Häuser pachteten, führte.<sup>46</sup>

### III.

Das Bild Polens in der „Pommerschen Tagespost“ war eine Widerspiegelung der Beziehung der Deutschnationalen Polen gegenüber. Es war extrem einseitig und verzerrt und stellte eine Ableitung der von den deutschen Nationalisten angepriesenen These über Polen als einem „Saisonstaat“ dar. Es lässt sich annehmen, dass das Bild Polens nach 1918 in den Tageszeitungen großer politischer Parteien der Provinz Pommern nicht positiv war, jedoch waren die Artikel der „Pommerschen Tagespost“ diese, die ihm dunkle Farben verliehen. Obwohl Frankreich der Gegenstand der brutalsten Angriffe war und ihm die fast volle Verantwortung für die Demütigung der Deutschen in Versailles und in den nachfolgenden Jahren aufgetragen wurde, war das Bild Polens unter einigen Aspekten noch mehr abstoßend. Erfolglos wird man in den Spalten der Zeitung nach irgendeiner positiven Eigenschaft des östlichen Nachbarn suchen. Das Bild Polens war voll von extrem negativen Assoziationen in großem Ausmaß. Ein Teil von ihnen berief sich auf die Klischees der „polnischen Anarchie“ und der „polnischen Wirtschaft“, die ihren Ursprung in der antipolnischen Politik Preußens und Deutschlands des 18. und 19. Jahrhunderts und in der Tradition der deutschen Zivilisationsmission unter kultur- und tugendlosen slawischen Nationen (das waren deutsche Ansiedler in Polen) hatten. Dieser kultur- und tugendlose Nachbar war zudem aggressiv und brutal. Das auf diese Weise dargestellte östliche Nachbarland konnte keine Sympathie und auch kein Interesse unter den Stettinern und der Bevölkerung der Provinz Pommern wecken. So sei jetzt Polen ein Vasall Frankreichs, der Deutschlands Niederlage ausnutzt, um sein habgieriges Auge auf den deutschen Osten

---

<sup>46</sup> Ibid.

zu werfen und sich einen kostbaren Teil seines Gebiets gewaltsam anzueignen. Diese Habsucht Warschaus in Bezug auf blühende deutsche Provinzen ergänzte noch die „polnische Gefahr“, die polnische Saisonarbeiter und Vertreter des mittleren Standes personalisierten, die nach Pommern zuströmten. In dem oben erwähnten, „schändlichen“ Werk der deutschen Demütigung schrieb man dem polnischen Nachbar eine wichtige Rolle zu, was in Verbindung mit der Festigung durch die Rechten eines negativen Klischees über den östlichen Nachbarstaat die Erhaltung und die Steigerung antipolnischer Stimmungen unter den deutschen in der Provinz Pommern beeinflussen musste. Diese Einstellung wird sich besonders Ende der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts verstärken, als auf der politischen Bühne auch in diesem Teil Deutschlands Nationalsozialisten erscheinen.

*Übersetzt von Małgorzata Osiewicz-Maternowska*

**PRUSCY NARODOWI KONSERWATYŚCI O II RZECZYPOSPOLITEJ.  
POLSKA NA ŁAMACH ORGANU DNVP „POMMERSCHE TAGESPOST“  
W PIERWSZEJ POŁOWIE 1923 ROKU**

**Streszczenie**

Rok 1923 zajmuje ważne miejsce w historii Niemiec pierwszej połowy XX wieku. Kraj był w stanie głębokiego kryzysu politycznego, gospodarczego i ustrojowego, wywołanego skutkami pierwszej wojny światowej i postanowieniami traktatu wersalskiego. Stan ten nie ominął także prowincji Pomorze, gdzie na ogólnoniemieckie zjawiska nakładał się fakt, że prowincja ta stała się obszarem granicznym wobec wskrzeszonego państwa polskiego. Szczególnie prawica polityczna, skupiona głównie w Niemiecko-Narodowej Partii Ludowej (DNVP), najsilniejszej i najbardziej wpływowej partii politycznej w prowincji Pomorze, uczyniła ze swojej gazety – „Pommersche Tagespost” – ważny instrument walki z młodą Republiką Weimarską. Główne argumenty tej kampanii przeciw demokracji niemieckiej właściwie nie różniły się wiele od tych, którymi prawicowe partie polityczne uderzały w rządy republiki. Na czoło wysuwały się zarzuty o pozostawianie kanclerzy i ministrów na służbie mocarstw zachodnich, zwłaszcza zniechęconej Francji, a także międzynarodowego kapitału i „żydowskiej międzynarodówki”.

Polityka Polski wobec Niemiec miała pogłębiać konsekwencje „zbójckiego pokoju w Wersalu”. Elementami wyróżniającymi prasę prawicy prowincji Pomorze od mediów prawicy z centralnych lub południowych części Niemiec było ułożenie w 1923 roku przez „Pommersche Tagespost” kampanii antypolskiej w międzynarodowym kontekście. Była nim okupacja Zagłębia Ruhry przez Francję i Belgię, z jej doniosłymi konsekwencjami. Polska miała odgrywać kluczową rolę w okrążaniu Niemiec. Podsycono

szok, jakim dla mas Niemców w prowincji Pomorze było powstanie II RP. Kreowano wizerunek Polski jako potencjalnego agresora wobec słabych Niemiec. Warszawa, szczególnie w tymże 1923 roku, miała demonstrować swoją siłę i wrogie zamiary na Śląsku i w Prusach Wschodnich. Polskę ukazywano jako sąsiada planującego agresję na kolejne ziemie niemieckie, korzystającego z poparcia Francji, państwa szachującego pokonane Niemcy od wschodu. Straszono wizją wspólnie działających „paryskich i warszawskich rabusiów”. Do dalszych zagrożeń płynących ze wschodu należały masy Żydów, głównie z Galicji. Osiedlali się oni w Berlinie, siali tam jakoby przestępczość i uprawiali spekulację kosztownościami. Swoistym ukoronowaniem „polskiego niebezpieczeństwa” stała się emigracja tysięcy polskich robotników sezonowych do wschodnich prowincji Niemiec, którzy nie tracili ścisłych związków z ojczyzną. Listę zaciekleń ataków na Polskę zamykał antyniemiecki kurs Warszawy wobec mniejszości niemieckiej w nowych granicach II RP. Tę antypolską politykę informacyjną i antypolską propagandę ubierano w brutalną semantykę języka walki, wykluczając Polskę z grona narodów godnych posiadać własne państwo narodowe.